

Motion Stadelmann Karin Andrea und Mit. über Massnahmen des Kantons Luzern gegen die Einführung der Individualbesteuerung

eröffnet am 16. Juni 2025

Die Regierung wird aufgefordert, sich gegen die mögliche Einführung der Individualbesteuerung einzusetzen, indem sie

- die Bestrebungen anderer Kantone aktiv unterstützt, welche sich gegen die Einführung der Individualbesteuerung stellen,
- sich jener Allianz von Kantonen anschliesst, die gegebenenfalls das Ständesreferendum ergreift
- und dem Kantonsrat noch vor Ablauf einer allfälligen Referendumsfrist Bericht über die getroffenen Massnahmen erstattet.

Begründung:

In der Sommersession 2025 der Eidgenössischen Räte wird das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung voraussichtlich zu Ende beraten und daraufhin im Bundesblatt publiziert. Damit beginnt die Referendumsfrist von 100 Tagen. In dieser Zeit können interessierte Kreise durch Sammlung von 50'000 Unterschriften das Referendum ergreifen. Weiter kennt die Bundesverfassung das Instrument des Kantonsreferendums.

In der Schweiz können Kantone ein Kantonsreferendum ergreifen, um gegen Bundeserlasse zu votieren. Das Kantonsreferendum ist im Kanton Luzern im [Kantonsratsgesetz](#) geregelt. Mit einer Motion kann ein fakultatives Referendum gemäss Artikel 141 BV beim Bund verlangt werden (§ 67 Abs. 3 KRG). Eine durch den Kantonsrat erheblich erklärte Motion gilt als Eingabebeschluss.

Der Regierungsrat hat in der Antwort zur Anfrage A 145 von Helen Affentranger-Aregger aufgezeigt, welche Folgen die Einführung der Individualbesteuerung im Kanton Luzern hätte. Die Zahl der Veranlagungen würde um rund ein Drittel steigen, was in der Steuerverwaltung einen personellen Mehraufwand von zirka 40 zusätzlichen Stellen zur Folge hätte – ein deutlicher Ausbau der Bürokratie. Zudem schafft die Individualbesteuerung neue steuerliche Ungerechtigkeiten: Insbesondere Ehepaare mit unterschiedlich hohen Einkommen würden systematisch stärker belastet. Ein neues Steuermodell, das bestehende Probleme nicht löst, sondern neue schafft, ist nicht zukunftsfähig.

Der Kanton Luzern soll sich deshalb klar gegen die Einführung der Individualbesteuerung positionieren und sich mit anderen Kantonen koordinieren, um gegebenenfalls gemeinsam das Referendum zu ergreifen. Zurzeit ist bereits bekannt, dass einige Kantone ebenfalls dieses Vorgehen prüfen.

Stadelmann Karin Andrea

Gerber Fritz, Nussbaum Adrian, Lüthold Angela, Frank Reto, Hodel Thomas Alois, Affentranger-Aregger Helen, Bucheli Hanspeter, Graber Eliane, Schnider Hella, Roos Guido, Gasser Daniel, Bucher Markus, Küttel Beatrix, Kurmann Michael, Schnider-Schnider Gabriela, Piani Carlo, Boog Luca, Käch Tobias, Jung Gerda, Frey-Ruckli Melissa, Albrecht Michèle, Jost-Schmidiger Manuela, Oehen Thomas, Broch Roland, Keller-Bucher Agnes, Affentranger David, Piazza Daniel, Rüttimann Daniel, Marti Urs, Krummenacher-Feer Marlis, Schnydrig Monika, Meyer-Huwyler Sandra, Lingg Marcel, Lötscher Hugo, Bossart Rolf, Waldis Martin, Zanolli Lisa, Lang Barbara, Wicki Martin, Gfeller Thomas, Ineichen Benno, Müller Guido, Küng Roland, Brunner-Zürcher Rosmarie